

Schnee von vorgestern: Das Gurtenmanifest von Blair-Bewunderin Simonetta Sommaruga.

Der „dritte Weg“ hat abgedankt

Die Website des Gurtenmanifests gibt es längst nicht mehr. Doch die Konzepte von Simonetta Sommaruga und Konsorten holen auch SP-Mitglieder immer wieder gerne aus der Mottenkiste.

Weiter nach rechts, Hinwendung zur Mittelschicht, „ideologischen Ballast“ abwerfen, Abschied vom Klassenbegriff, Globalisierung akzeptieren, mehr Markt und Wettbewerb, weniger Staat - was die Politauguren der SP nach der Niederlage bei den Zürcher Wahlen raten, ist weder neu noch besonders erfolgreich. Sondern unter dem Begriff „dritter Weg“ entweder bereits gescheitert oder gerade dabei abzudanken. Nämlich in Grossbritannien, wo Labour-Chef Tony Blair, einer der Vorreiter des „dritten Wegs“, Ende Monat geht.

Blairs Partei- und Gesinnungsgenosse Gerhard Schröder hatte in Deutschland schon Zahntag und wurde als Bundeskanzler abgewählt. Auch Blair hat seinen Zenit längst überschritten. Selbst der „Tages-Anzeiger“, dem man weder Linksradikalismus noch spezielle Gewerkschaftsfreundlichkeit vorwerfen kann, stellt fest, „dass der ‚dritte Weg‘ letztlich nur aus neoliberaler Wirtschaftspolitik unter einem Labour-Etikett bestand. Die Absage an jede Ideologie führte zu einer Beliebigkeit.“

Umso erstaunlicher ist es, wenn SP-Fraktionschefin Ursula Wyss im „WOZ“-Streitgespräch mit Franco Cavalli sagt: „Wir müssen von den Werten ausgehen. Gerade weil wir die Lohnabhängigen nicht mehr als soziale Schicht haben.“ Gemeinsame Werte statt gemeinsame Interessen: Wyss nimmt eines der zentralen Motive des „dritten Wegs“ auf, wie er in der Schweiz von der Berner Ständerätin Simonetta Sommaruga, dem damaligen Könizer Gemeindepräsidenten Henri Huber, Historiker Tobias Kästli und dem Politologen Wolf Linder 2001 im sogenannten Gurtenmanifest dargelegt wurde: weg von der Arbeiterpartei, hin zur Wertepartei für alle und besonders den Mittelstand.

Staatsgläubig.

Weitere Punkte des dürrtigen Papiers, das auch als „Gurtenmanifest“ bekannt wurde: Die SP habe „zu leichtfertig nach dem Staat gerufen“, man wolle einen effizienten Staat, „keinen Versorgungsstaat, der die Eigenverantwortung lahmte“. Die SP sei «zu staatsgläubig und zu marktskeptisch, wo Wettbewerb möglich und sinnvoll ist, setzt sich die SP dafür ein“, und schliesslich: Weg von der „Klientelpolitik“, nicht „auf jede Sonderforderung der Gewerkschaften aufspringen“. Gerade letzteren Punkt greifen Politberater, Medien und der rechte SP-Flügel wieder auf, wenn sie beklagen, die SP sei im „Würgegriff der Gewerkschaften“. Abgesehen davon, dass diese Aussage nicht stimmt, SP und Gewerkschaften seit je eine sich gegenseitig ergänzende Politik mit gemeinsamen Zielen betreiben, bleibt festzuhalten: Ausgerechnet die Zürcher SP, die derart verloren hat, ist eine der Sektionen mit der grössten Distanz zu den Gewerkschaften.

Unnötige Distanzierung von den Gewerkschaften und eine Verunglimpfung gewerkschaftlicher Interessenvertretung als „Klientelpolitik“ scheinen für eine auf die Mittelschicht schielende SP übrigens umso absurder, als gerade die Gewerkschaften in den letzten Jahren versucht haben, die Mittelschichten zu integrieren. Indem sie nämlich „Angestelltengruppen zusammen mit den ArbeiterInnen als Lohnabhängige und im Erwerbsleben weitgehend fremdbestimmte Personen verstehen, deren Interessen nur kollektiv geschützt werden können“. Dass dieses Zitat aus dem Umfeld der Gurtenmanifest-Debatte vom heutigen Unia-Co-Präsidenten Andreas Rieger stammt, ist kein Zufall: Gerade die Unia verfolgt diesen neuen gewerkschaftlichen Ansatz besonders intensiv.

Fatale Mitte.

Es gibt aber auch andere Gründe, weshalb die SP gut beraten wäre, die verstaubten Konzepte des „dritten Wegs“ nicht einfach zu übernehmen. Der „dritte Weg“ diente Labour und SPD, um nach der „konservativen Revolution“ Thatchers und Kohls wieder an die Macht zu kommen, erinnern Simon Grossenbacher und Markus Gubler in ihrer Seminararbeit „SP Schweiz und der dritte Weg“. Ein Konzept, das sich nicht auf die Schweizer Konsensdemokratie übertragen lässt. „Folglich wäre es für die SPS fatal, wenn sie in die Mitte streben würde, da sie so einen wichtigen Teil ihrer Wähler an die linksstehenden Grünen verlieren würde“, folgert die Seminararbeit – die ausgerechnet an Wolf Linders Berner Institut für Politikwissenschaften entstanden ist. Ein Schwanengesang auf das Gurtenmanifest am Ort seiner Entstehung.

Matthias Preisser.

Work. Donnerstag, 2007-05-25.

Work > Gurtenmanifest. 2007-05-25.doc.